

Erklärung des Lateinamerika-Forums Berlin (LAF Berlin) zu der aktuellen Eskalation der US-Politik gegenüber Lateinamerika

Die jüngsten internationalen Entwicklungen geben Anlass zu größter Sorge. Die mit militärischer Gewalt vollzogene Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und seiner Ehefrau Cilia Flores sowie die massiven Drohungen der Trump-Regierung gegenüber Kuba, Kolumbien und Mexiko markieren eine neue Eskalationsstufe der US-Außenpolitik gegenüber der lateinamerikanischen Region.

In Lateinamerika selbst werden diese Vorgänge intensiv diskutiert und eindeutig bewertet. Danach handelt es sich nicht um isolierte Ereignisse, sondern um eine gefährliche Verschärfung geopolitischer Machtpolitik der US-Administration mit weitreichenden Folgen für den Subkontinent, aber auch darüber hinaus: Die nach dem Ende des 2. Weltkriegs etablierte, regelbasierte Weltordnung droht durch das Chaos neo-imperialer Gewaltherrschaft ersetzt zu werden.

Vor diesem Hintergrund sind die beschwichtigenden Erklärungen der Europäischen Union und die halbherzigen Äußerungen der Bundesregierung beschämend. Dieses Wegducken wird nicht nur in Lateinamerika mit Unverständnis wahrgenommen: Die mit dem Völkerrecht begründete Positionierung der europäischen Staatengemeinschaft gegen den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine wird haltlos, wenn militärische Interventionen der USA in Lateinamerika „toleriert“ werden.

Als Lateinamerika-Forum Berlin sehen wir uns in der Pflicht, zu dieser Entwicklung Stellung zu beziehen. Seit über 30 Jahren haben wir uns in zahllosen Veranstaltungen, Analysen und öffentlichen Debatten intensiv mit den sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Dynamiken in Lateinamerika (nicht zuletzt in Venezuela) befasst – ganz im Sinne unseres Ziels, Brücken der Verständigung zwischen Deutschland/Berlin und Lateinamerika zu schlagen.

Wir warnen eindringlich vor den Folgen neo-imperialer Politik: Die Negierung des Völkerrechts, die Normalisierung der Drohung mit militärischer Gewalt und deren tatsächlichen Anwendung sowie der Einsatz wirtschaftlicher Sanktionen und politischer Interventionen zur Durchsetzung geopolitischer Ziele gefährden demokratische Prozesse, verschärfen gesellschaftliche Konflikte und können die politische Stabilität ganzer Regionen unterminieren.

Wie entsprechende Äußerungen aus der US-Administration belegen, ist eine direkte Einflussnahme der USA auf die 2026 anstehenden Wahlen in Kolumbien, Peru und Brasilien zu befürchten. Die Geschichte Lateinamerikas zeigt, dass solche externen Eingriffe katastrophale Folgen für die gesellschaftspolitische Entwicklung der betroffenen Länder haben.

Das Lateinamerika-Forum Berlin (LAF) fordert von der Bundesregierung:

- eine klare und öffentliche Positionierung zu den aktuellen Entwicklungen – diese sind nicht „komplex“, sondern eindeutig;
- ein aktives Eintreten für Völkerrecht, politische Souveränität, Achtung der Menschenrechte und demokratische Prozesse in Lateinamerika;
- sowie eine selbstbewusste europäische Außenpolitik, die sich nicht erneut zum passiven Zuschauer geopolitischer Eskalationen macht.

Gerade in einer Zeit zunehmender globaler Spannungen ist politische Klarheit notwendig. Schweigen ist keine neutrale Haltung – es ist eine politische Entscheidung. Lateinamerika steht vor turbulenten Zeiten. Deutschland darf nicht wegsehen, sondern muss seiner Mitverantwortung gerecht werden.

Berlin, 10. Januar 2026

Lateinamerika-Forum Berlin (LAF) Präsidium und Vorstand

